

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(46. - öffentliche - Sitzung am 5. Februar 2025)

Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Behördenleitungen der niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit dem Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg.

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu „den Hintergründen, dem aktuellen Sachstand und dem geplanten weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit den unrechtmäßigen Zahlungen an den Rechtspfleger des Sozialgerichts“**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einstimmig um Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema: „Welche Behördenkontakte gab oder gibt es zu einer IT-Consulting-Firma aus Celle?“**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einstimmig um Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen. Den Mitgliedern des Ausschusses für Inneres und Sport soll gemäß § 94 Abs. 2 der Geschäftsordnung anheimgestellt werden, an der Unterrichtung mit beratender Stimme teilzunehmen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/6273](#)

Zur vorbereitenden Beratung überweist der Ausschuss den Gesetzentwurf seinem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Zweites Staatsexamen in Niedersachsen - Examensklausuren mit zugelassenen Hilfsmitteln nicht zu lösen.“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.